

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

13. Jahrgang.

Donnerstag, 6. April 1933

Nr. 82.

Reichsbank gibt für 70 Millionen Dollar Gold ab.

Rückzahlung des Reichskontokredits.

Berlin, 5. April. Die Verlängerung des am 4. März fällig gewordenen sogenannten Reichskontokredits der Reichsbank von 70 Millionen Dollar ist infolge der Schwierigkeiten gestoppt, als die Gläubigerbanken anlässlich der kürzlich beobachteten Bewegungen des Dollarkurses eine besondere Währungsicherung durch eine verschärfte Goldklausel verlangten, deren Annahme wiederum Schwierigkeiten begegnete.

Die Reichsbank hat deshalb den Gläubigerbanken angeboten, von der Aenderung der Währungsklausel abzusehen oder die Rückzahlung des Kredites entgegenzunehmen. Nachdem eine der Gläubigerbanken sich für die Rückzahlung entschieden hat, ist damit zu rechnen, daß in den nächsten Tagen die entsprechenden Goldbewegungen stattfinden werden.

In einem Kommentar zur Rückzahlung des Reichskontokredits der Reichsbank schreibt der „Berliner Börsenkurier“, es sei zu begrüßen (?), daß die Reichsbank von sich aus den Gläubigerbanken die volle Rückzahlung des Reichskontokredits angeboten hat und daß diese Rückzahlung nunmehr erfolge. Die 24 Millionen Mark Gold, die Deutschland jetzt verlieren, hätten für das Reich ihre Bedeutung verloren. In die Notendeckung konnte man sie in wahrer Erkenntnis der Lage sowieso nicht mehr einbeziehen.

Die „Völkische Zeitung“ schreibt, vom währungsrechtlichen Standpunkt aus betrachtet, sei die Rückzahlung vollkommen belanglos (?). Die Stabilität der Reichsbank hänge nicht von der Höhe der hinter ihr stehenden Gold- und Devisendeckung ab, sondern werde dadurch gewährleistet, daß man den Geldumlauf in angemessenem Verhältnis zur Produktion um zum Güterumschlag halte. In demselben Sinne schreibt auch das „Berliner Tageblatt“.

Englisches Weibbuch gegen Rußland.

„Theatralische Prozesse aus innerpolitischen Gründen.“

London, 5. April. (Reuter.) In der üblichen Form eines Weibbuches wurde gestern abends die Korrespondenz des britischen Außenministeriums mit der britischen Botschaft in Moskau in Angelegenheit der Verhaftung der Angestellten der Metropolitan Bickers ausgegeben. Die Korrespondenz umfaßt den Notenwechsel vom 12. bis 17. März.

Der händige Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten telegraphierte u. a. dem britischen Botschafter am 14. März: „Ich hoffe, daß Sie dem Volkskommissar klar und nachdrücklich die unmögliche Situation für die anglo-sowjetrischen Beziehungen darlegten, da die britischen Staatsangehörigen in Moskau als Puppen für die theatralischen Prozesse verwendet werden, die ausschließlich aus innerpolitischen Gründen ausgeführt werden.“

Am 16. März teilte der britische Botschafter in Moskau dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Litwinow in Form einer Verbalnote mit, die wirkliche Frage, um die es sich handle, sei, daß die britische Regierung und die britische Öffentlichkeit wissen wollen, ob die Sowjetunion auch weiterhin ein Land sei, in dem britische Staatsbürger sich aufhalten und ihren Geschäften nachgehen können, ein Land, mit dem die britische Regierung ihre Beziehungen weiterhin aufrechterhalten kann. Zum Schluß erklärte der britische Botschafter Sir Drey, es sei recht gut möglich, daß er, der Botschafter, welcher die britischen Beziehungen zu Sowjetrußland angeknüpft habe, auch der Botschafter sein könne, welcher die britischen Beziehungen zu Sowjetrußland beendige.

Ueber den Inhalt des Weibbuches wird heute im Unterhause bei Gelegenheit der zweiten Lesung des Gesetzes über die englisch-sowjetrischen Handelsbeziehungen, das gestern dem Hause vorgelegt wurde, eine Debatte abgeführt werden. Die Regierung wird die Bewilligung des Ausschusses für Sowjetwaren fordern.

Ein Fall Bell in Lichtenstein:

Mordauto mit sieben Nazis

überfällt die Brüder Rotter. — Zwei Tote, zwei Schwerverletzte.

Die Täter verhaftet.

Baduz (Lichtenstein), 5. April. (Eigenbericht.) Heute nachmittag wurden die bekannten Berliner Theaterdirektoren Fritz und Alfred Rotter, die vor kurzem unter auffallend ungewöhnlichen Umständen nach Lichtenstein geflüchtet waren, auf der Rückkehr von einem Spaziergang in der Nähe von Baduz von sieben jungen Leuten, die in einem Auto angefahren kamen, mit vorgehaltenen Revolvern überfallen. Die beiden Brüder befanden sich in Gesellschaft zweier Frauen, von denen die eine die Gattin Alfred Rotters war. Im Handgemenge wurden alle vier Personen erheblich verletzt. Schließlich gelang es den Männern, Fritz Rotter festzuhalten

und in das Auto zu schaffen. Alfred Rotter und seine Frau stürzten sich, um den Verfolgern zu entgehen, einen steilen Abhang hinab und blieben tot liegen. Fritz Rotter gelang es, während der Fahrt aus dem Auto zu springen; er blieb mit schweren Verletzungen liegen.

Das Auto überfuhr sodann die Lichtensteinsche Grenze bei Schaanwald, konnte aber bei Göbis (Borarlberg) angehalten werden. Die Insassen wurden verhaftet und in das Gefängnis nach Feldkirch eingeliefert.

Die Parteikonferenz zur Einheitsfront:

Nur von Internationale zu Internationale

Die Haltung der Kommunisten unaufrichtig. — Gemeinsam mit der tschechischen Sozialdemokratie gegen alle Gegner.

Prag, 5. April. Gestern und heute tagte im Volkshaus in Prag VII. die Parteikonferenz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, über deren Verlauf wir an anderer Stelle berichten. Die Konferenz nahm einstimmig folgende Resolutionen an:

Die Parteikonferenz der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei stimmt der Antwort des Parteivorstandes auf das sogenannte Einheitsfrontangebot der K. P. C. vollständig zu.

Auch sie erklart in der Einigung der beiden Internationalen, der die Kommunisten bisher nicht zugestimmt haben, die Voraussetzung für die Einigung der Parteien in den einzelnen Ländern.

Aber die Konferenz stellt fest, daß es weder der kommunistischen Internationale noch der K. P. C. mit der Herstellung einer Einheitsfront ernst ist. Das bekräftigt die Haltung dieser Organisationen vom Tage der Spaltung der Arbeiterschaft bis zum heutigen Tage. Sie erblickten und erblicken ihre vornehmste Aufgabe in der Bekämpfung der Sozialdemokraten, der Beschimpfung ihrer Führer. Auch die Einheitsfront, deren Verwirklichung unser schärfster Wunsch ist, ist für die kommunistische Internationale nur der Vorwand, um endlich einmal an die Massen der mittel- und westeuropäischen Arbeiter, die Sozialdemokraten sind, heranzukommen, das Gift der Verleumdung unter ihnen zu verbreiten und so der Arbeiterschaft die letzte Waffe aus der Hand zu schlagen.

Die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei wird in inniger Verbundenheit mit der tschechischen Bruderpartei ihren Kampf um den Bestand der Arbeiterbewegung auf marxistischer Grundlage fortführen: Mit aller Kraft und Begeisterung gegen alle unsere Gegner!

Proletarische Solidarität mit den reichsdeutschen und österreichischen Arbeitern.

Die Parteikonferenz der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei versichert die reichsdeutschen und österreichischen Genossen in ihrem schweren Kampfe gegen die Reaktion ihrer wärmsten Sympathie. Die deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei werden die reichsdeutschen und österreichischen Genossen in ihrem Kampfe mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen. Vor allem dadurch, daß wir in unserem eigenen Lande mit aller Leidenschaft die politischen und sozialen Rechte der Arbeiterschaft verteidigen werden, daß wir alles daransetzen werden, um die Tschechoslowakei vor dem Gift des Faschismus zu bewahren.

Die Konferenz gibt ihrer tiefen Ueberzeugung Ausdruck, daß in Deutschland wie in allen anderen der Reaktion verfallenen Ländern wieder die Klassenbewußte Arbeiterschaft siegreich aufsteigen wird. Die deutsche Arbeiterschaft in unserem Lande wird in unverbrüchlicher internationaler Solidarität mit der Arbeiterschaft aller Völker diesem heiligsten Ziele zustreben, für dieses Ziel alle ihre Kräfte, ihr Gut und ihr Blut einsetzen!

Rücksichtsloser Kampf gegen fascistische Provokateure! Die Parteikonferenz über die Taktik der politischen Behörden.

Angeichts der herausfordernden Kampfmethoden der sudetendeutschen Hakenkreuzler erklärt die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft, daß sie in Zukunft nicht gewillt ist, sich die Provokationen der Hakenkreuzler bieten zu lassen, die sich bedingungs- und rücksichtslos hinter alle Maßnahmen der reichsdeutschen Hakenkreuzler stellen und sie — wenn es in ihrer Macht läge — jederzeit zu übernehmen bereit wären.

Die Parteikonferenz der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erhebt schärfsten Protest gegen das Verhalten der politischen Behörden, welche sozialdemokratische Protestversammlungen gegen den Faschismus verbieten, während sie anderen Veranstaltungen keinen Widerstand entgegenstellen.

Die Konferenz erklart in dem Verhalten der politischen Behörden eine Förderung der fascistischen Bestrebungen und fordert, daß den Grundgesetzen der Demokratie und insbesondere der Versammlungsfreiheit in vollem Maße Geltung verschafft werde.

Indem die Konferenz die demokratischen und republikanischen Grundgesetze der Partei aufs neue bekräftigt, ruft sie die deutschen Arbeiter des Landes zum energischen und rücksichtslosen Kampf gegen den Faschismus der deutschen Nationalsozialisten und ihrer bürgerlichen Bundesgenossen auf.

Hakenkreuz-Demokraten.

Nach einem Unterscheidungsmerkmal zwischen einem waschechten Hakenkreuzorgan und einem Blatte der sogenannten Deutschdemokratischen Freiheitspartei wird man in den letzten Wochen vergeblich gesucht haben. Stichtag war der Wahlsieg Hitlers; seit diesem Tage hat die deutschdemokratische Presse bei uns die letzte Verhüllung abgestreift und hat in der Stimmungsmache für die braunen Mordbanditen begeisterte Sakalendienste geleistet. Das Gewaltregime in Deutschland, das Macht für Recht erklärte, und alle von den Sonnen verübten Untaten, kommen keinem Deutschdemokraten eine andere Neuerung entringen, als die freudigste Zustimmung. Was ist nun auf einmal geschehen? Am 1. April — es klingt wie ein Aprilscherz — war der Prager Volksgangsausschuß dieser kostbaren Partei beisammen und hat sich mit der Frage der Auswirkung der Verhältnisse in Deutschland und Oesterreich auf Auslandsdeutschtum und Sudetendeutschtum im besonderen befaßt. Einer dieser verordneten deutschdemokratischen Mummien scheinen Bedenken vor dem bisher brav verfolgten Nazi-Grundsatz, daß der Besitz der Macht jedes verübte Unrecht rechtfertige, aufgestiegen zu sein, denn wer aus Affektliebe zu den braunen Arbeitermördern Macht für Recht erklärt, verwirft den Anspruch, anders als nach diesem Grundsatze behandelt zu werden. Da nun bei uns die Macht anderswo liegt, so lämen die Herren Deutschdemokraten, die sich gegenüber den Tschechen im Ruf nach Gerechtigkeit gefallen, in eine arge Zwidmühle. Darum möchte der Prager Volksgangsausschuß dieser Auch-Demokraten gerne die hitlerbegeisterte deutschdemokratische Presse zurüdpfeifen und er hat der „unerhörlichen Ueberzeugung“ Ausdruck gegeben, jedes Abweichen von den Grundgesetzen der Demokratie, insbesondere aber jede Verleugnung der Freiheit und der Menschenrechte sei geeignet, die Lage des ohnehin arg bedrängten Sudetendeutschtums zu verschlechtern. Eine demokratische Parteiführung, die ihre Presse und ihre Funktionäre vor dem Verrat an der Freiheit und an den Menschenrechten zurüdrufen muß, ist an sich schon eine Marotte. Aber der Warnungsruf verliert den letzten Wert auch dadurch, daß er die Verleugnung der Grundgesetze der Demokratie nicht aus aufrichter freiheitlicher Gesinnung verwerflich erklärt, sondern nur, weil die Partei dabei gegenüber den Tschechen in die Klemme läme. Sie ist schon darin, denn eine Partei, die monatelang in ihrer Presse für die blutgetränkten Sonnenfahnen schwärmt, um dann nach abgestauter Festbegeisterung für den Gebrauch des Altages die zerklüftene Fahne der Demokratie wieder hervorzuholen, wird niemand als unbemerkte Verfechterin freiheitlicher Grundgesetze und der Idee der Gerechtigkeit ansehen können!

Demokratie gemildert durch das Hakenkreuz — gemäß dieser Devise hat jüngst inmitten ihrer Liebedienerei für den deutschen Faschismus die deutschdemokratische „Bohemia“ für Demokratie und Parlamentsrecht eine Lanze gebrochen. Das ist bei einem deutschdemokratischen Blatte nichts Erstaunliches; es kann schreiben links und es kann schreiben rechts, es kann sogar deutschdemokratische Brillanten schreiben, wenn es die Konjunktur erfordert. Ermuntert durch die Gegenrevolution in Deutschland hat sich der Abgeordnete Dr. Stranšky in seinen „Lidové Noviny“ für eine energichere Führung der Staatsgeschäfte und für die Gewährung eines Ermächtigungsgesetzes an die tschechoslowakische Regierung ausgesprochen. Die „Bohemia“ nun, die als Hakenkreuzlerisches Amtsgeschäft vor den Laten der braunen Knüppel- und Revolverhelden wie auch

